



**Geschäftsführung  
Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-94313

Fax : (0221) 221-94342

E-Mail: [Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de](mailto:Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de)

Datum: 11.09.2018

**Auszug  
aus dem Entwurf der Niederschrift der 34. Sitzung der  
Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 10.09.2018**

**öffentlich**

**3.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: "Kulturstandorte retten – Lebensqualität in Köln sichern" (Az. 02-1600-167/17) 2569/2018**

Der Petent begründet seine Eingabe. Anlass der Eingabe war die Transformation der Club- und Kulturszene die sich insbesondere in Ehrenfeld durch die Schließung und der Abriss des Undergrounds sowie die Clubs Heinz Gauls manifestiert habe. Aufgrund der anstehenden Entwicklung zukünftiger Gebiete wie z.B. Deutzer Hafen oder Mülheim Süd sei dies auch ein stadtweites Thema.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) merkt an, dass die Begründung der Verwaltung zeige, dass die Thematik in Bearbeitung sei. So seien z. B. Kultur- und Atelierräume abgefragt worden. Sie dankt der Verwaltung für das sehr dezidierte Eingehen auf die Ehrenfelder Themen. Sie verweist auf den gemeinsamen Antrag unter TOP 8.7.

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Ausführungen von Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) an und spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung sowie für den Antrag TOP 8.7 aus.

Bezirksvertreter Petri (Fraktion Die Linke) stellt den Vorschlag zur Bereitstellung von Alternativstandorten bei Wegfall von Kunst- und Kulturstandorten heraus. Dies sei ein wichtiger Punkt.

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für die Eingabe. Die Notwendigkeit, diese Forderungen zu verankern, wurde von der Verwaltung erkannt. Im Zuge des Ratsbeschlusses vom 06.02.2018 (Vorlagen-Nr. AN/0149/2018) erarbeitet die Verwaltung derzeit ein Konzept zur Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig bei Bebauungsverfahren verstärkt Kultur- und Kreativstandorte zu berücksichtigen und nach Möglichkeit in die Planung zu integrieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

Bezirksvertreterin Bucher (SPD-Fraktion) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

*(Anmerkung der Verwaltung: Auf den thematisch mit dieser Eingabe zusammenhängenden Antrag TOP 8.7 wird hingewiesen.)*